

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 38

Ersteinst. Sonntags.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 15. September 1929

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Einzelgen werden nicht aufgenommen.

45. Jahrgang

Vereinbarung mit dem Bund Deutscher Buchbinder-Innungen

In Nr. 36 der „Buchbinder-Zeitung“ berichteten wir, daß der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen an unseren Vorstand das Ersuchen gerichtet hätte, gemeinsame Verhandlungen zwecks Klärung der tariflichen Lage herbeizuführen. Diese Verhandlungen haben am 6. September dieses Jahres stattgefunden. Nach den uns aus unseren Kreisen zugegangenen Informationen ist der derzeitige Reichslohntarif für die überwiegende Mehrzahl der kleinen Innungsbetriebe durchgeführt worden. Dessenungeachtet sind aber wohl doch hier und da noch einige Kleinbetriebe vorhanden, in denen die dort beschäftigten Arbeitnehmer den neuen Lohnsatz noch nicht bezahlt erhalten haben. Aus einer Umfrage, die der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen bei seinen Mitgliedern vorgenommen hat, ergibt sich nach dessen Darlegungen eine solche Tatsache. Die Vertretung des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen stellte sich bei den Verhandlungen auf den Standpunkt, daß in diesen Kleinbetrieben, wo bisher der neue Lohnsatz nicht durchgeführt sei, man auch jetzt im Augenblick die Anerkennung desselben nicht fordern könne, da in diesen Betrieben die Verdienstmöglichkeit, auch der Kleinmeister, eine überaus beschränkte sei. Man sagte weiter, daß auch für die nächsten Wochen an diesem Zustand sich nichts ändern werde, sondern im Höchsthalle erst dann, wenn am Jahreschluß diejenigen Arbeiten, auf die der Kleinbetrieb angewiesen ist, komplett werden, um dann den Kleinbetrieben zugeführt werden zu können. Es wurde deshalb von den Innungsvertretern der Standpunkt vertreten, daß man erst von diesem Zeitpunkt an die kleinen Betriebe verpflichten könne, sich dem anzuschließen, was die anderen bereits vormem getan haben.

Die Vertreter unseres Verbandes konnten sich der Einsicht nicht verschließen, daß dem so ist, und da ohnehin der Tarif nahezu überall durchgeführt ist, hat man sich deshalb von unserer Seite damit einverstanden erklärt, daß für diese wenigen kleinen Betriebe der neue Lohnsatz mit Wirkung vom 1. Januar 1930 Gültigkeit haben soll. Nachstehend lassen wir die Vereinbarung im Wortlaut folgen:

„Dem Schiedspruch vom 23. März 1923 wird seitens des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1930 beigetreten.

In denjenigen Innungsbetrieben, die dem Lohnabkommen schon beigetreten sind, bleibt es bei dem bisher gezahlten Lohnsatz.“

40 Jahre Verbandsarbeit in Pforzheim.

„Die Gründung eines noch so kleinen Arbeitervereins hat einen kulturell höheren Wert als die Schlacht von Sadowa.“

Johann Jakob.

Die Gründung unserer Zahlstelle fällt in die Zeit, als auf der deutschen Arbeiterschaft das Sozialistengesetz lastete. Die dem Schandgesetz fiel auch der im Jahre 1873 in Nürnberg gegründete „Verband der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige“ im Jahre 1878 zum Opfer. Es dauerte aber nicht lange; im Jahre 1885 konnte in Offenbach a. M. der heutige Deutsche Buchbinder-Verband seine Auferstehung erleben unter dem Namen „Unterstützungsverband der Vereine der Buchbinder, Etuis-, Kartonnagenarbeiter usw. und deren Hilfsarbeiter Deutschlands“. In Pforzheim waren die Buchbindereien, wie heute noch, durchweg kleine handwerksmäßige Betriebe, während die Herstellung der Etuis fabrikmäßig betrieben wurde. Die Löhne standen hinter anderen kleineren und mittleren Städten weit zurück. Der Durchschnittslohn für Buchbinder betrug 14 Mk., während ein solcher für Etuisarbeiter und -arbeiterinnen nicht festzustellen war. Doch waren Stundenlöhne von 20 Pf. für Männliche und 12 Pf. für Weibliche keine Seltenheit.

Die Arbeitszeit war eine zehnstündige.

Um eine Besserung dieser traurigen Verhältnisse herbeizuführen, fand sich am 31. August 1889 in der früheren „Brauerei Hof“ eine kleine Anzahl Buchbinder und Etuisarbeiter zusammen, um einen Fachverein zu gründen. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, das Eintrittsgeld auf 30 und der Wochenbeitrag auf 15 Pf. festgesetzt. Am 5. Oktober fand die erste Generalversammlung statt, in welcher der Vorstand gewählt wurde; außerdem wurde beantragt, mit Rückwirkung vom 1. Oktober dem „Unterstützungsverband der Buchbinder und verwandter Berufe“, der damals seinen Sitz in Stuttgart hatte, beizutreten, was einstimmige Annahme fand. Von 28 Mitgliedern waren 22 anwesend. Der Verein nannte sich „Fachverein der Etuisarbeiter und verwandter Berufe“. Durch eifrige Agitation stieg die Mitgliederzahl auf nahezu 100.

Am 30. November 1889 fand die erste öffentliche Versammlung im Gasthof „Zum Riesen“ statt, in der Kollege E. Köhler, Stuttgart, über die Notwendigkeit einer geregelten Arbeitszeit referierte. Das Vereinslokal war damals die Wirtschaft „Zum Deutschen Haus“.

Bei den Verbandstagen 1890 in Stuttgart und 1891 in Altenburg war der Fachverein durch den Vorsitzenden, Kollegen D. Beylich, vertreten.

Wie wenig Verständnis und Liebe zur Zentralisation vorhanden war, beweisen die An-

träge vom 5. Juli 1890 und 11. Juli 1891, aus dem Verbandsrat wieder auszutreten und einen Lokalverein zu gründen, welche jedoch abgelehnt wurden. Kollege Schleich, Stuttgart, war in der zweiten Versammlung im Auftrage des Verbandsvorstandes anwesend.

Am durchreisende Kollegen, die 13 Wochen dem Verbandsrat angehört, wurden 50 Pf., an solche mit 52 Wochen 1 Mk. ausbezahlt.

Eine im Jahre 1892 aufgenommene Statistik entrollte folgendes traurige Bild: „In 13 Etuisfabriken waren 184 Arbeiter beschäftigt mit einem Lohn von 10 bis 30 Mk., sowie 111 Arbeiterinnen mit einem Lohn von 3 bis 15 Mk. Dazu kamen 67 Lehrlinge. In 7 Buchbindereien und 3 Buchdruckereien waren 16 Buchbinder mit einem Lohn von 10 bis 22 Mk. beschäftigt und 3 Lehrlinge. Hilfsmaschinen waren in Etuisfabriken 83, in Buchbindereien 48 im Gebrauch. Fünf Geschäfte benützten Motore und zwei hatten Wasserkraft.“

Kollege D. Beylich, der seit Bestehen des Fachvereins die Leitung hatte, legte dieselbe 1892 nieder. An dessen Stelle wurde Kollege R. A. Schuler gewählt. Letzterer war auch als Delegierter auf dem Verbandstag in Frankfurt am Main 1893, wo die Fachvereine aufgelöst und in den heutigen Zentralverband umgewandelt wurden. Er brachte unter Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung auch den Einheitsbeitrag von 25 Pf. pro Woche. Leider veranlaßte dieses eine Anzahl Kollegen, dem Verband den Rücken zu kehren.

Daselbe Bild zeigte sich nach dem Verbandstag in Halle 1897, wo der Beitrag auf 35 Pf. erhöht wurde. Infolge der Beitragserhöhung flüchteten die Etuisarbeiter fast ganz aus dem Verband, und es folgte eine Zeit des Stillstandes in der Zahlstelle.

Durch anderweitige Tätigkeit legte Kollege Schuler 1897 sein Amt als Vorsitzender nieder, an seine Stelle wurde Kollege Mann gewählt. Trotz eifriger Agitation waren die Etuisarbeiter nicht mehr zur Organisation zu bewegen. Im Gegenteil, man bekämpfte diese, und die Schwärmer für Lokalvereine traten wieder auf den Plan. Die Sonderlinge erlitten jedoch Fiasko, worauf sie ihre Tätigkeit bald wieder einstellen. 1900 traten die Buchbinder in eine Lohnbewegung. Gefordert wurde: „Neunstündige Arbeitszeit, 17 Mk. Minimallohn, 33½ Prozent für Ueberzeitarbeit sowie Gewährung einer viertelstündigen Frühstück- und Vesperpause.“ Die Forderungen wurden abgelehnt. Nach ergebnisloser Verhandlung mit den Buchbindermeistern wurde am 1. Oktober die Arbeit eingestellt. Nach drei Wochen reiste ein großer Teil unserer streikenden Kollegen ab, worauf der Streik nach vierwöchiger Dauer als aussichtslos beendet wurde. Der Streik erstreckte sich

nur auf die Buchbindereien und ein Kartonnagegeschäft. Die Löhne waren damals 12 bis 23 Mk. für Kollegen und 9 bis 12 Mk. für Kolleginnen. Durch die Abreise unserer Kollegen und die verhängte Sperre, die bis Februar 1901 dauerte, sank die Zahl unserer Mitglieder auf zehn herab. Die Existenz der Zahlstelle war stark gefährdet, sie erholte sich aber langsam wieder. Im Jahre 1901 entfaltete der neugegründete Portefeuille-Verband eine rege Agitation, so daß es gelang, hier eine Zahlstelle zu gründen, der sich etwa hundert Etuisarbeiter anschlossen, allerdings nur von kurzer Dauer. Nach etwa einem Jahr war diese Herrlichkeit zu Ende.

Im Jahre 1904 wurde eine Konferenz der Etuisarbeiter Deutschlands nach Gera einberufen, die von der hiesigen Zahlstelle durch Kollegen A. Dietrich geleitet war. Um die dort gefassten Beschlüsse zu verwirklichen, wurde eine rege Agitation entfaltet mit dem Erfolg, daß am Schluß des Jahres 1904 ein Mitgliederstand von 60 Kollegen und 17 Kolleginnen zu verzeichnen war. Von dieser Zeit an war reges Leben in der Zahlstelle.

Das Jahr 1906 war sehr lebhaft und für die hiesige Etuisarbeiterschaft von besonderer Bedeutung. Schon anfangs 1906 wurde verlangt, an die hiesigen Etuisfabriken mit Lohnforderungen heranzutreten. War doch allen einsichtigen Etuisarbeitern schon längst zum Bewußtsein gekommen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon lange nicht mehr im Einklang standen mit der teuren Lebenshaltung. Die Mitgliederzahl stieg innerhalb einiger Wochen auf 500.

Die Etuisfabrikanten lehnten zuerst die eingereichten Forderungen ab, erklärten sich aber auf nochmaliges Verlangen zu Verhandlungen bereit, die nach langwierigem Verhandeln einen vollen Erfolg für die Etuisarbeiterschaft brachten.

Die Etuisfabrikanten lehnten zuerst die eingereichten Forderungen ab, erklärten sich aber auf nochmaliges Verlangen zu Verhandlungen bereit, die nach langwierigem Verhandeln einen vollen Erfolg für die Etuisarbeiterschaft brachten.

Als Vertrauensmann der Etuisarbeiter fungierte Kollege Arthur Dietrich, der auch die Lohnbewegung führte, unter Mitwirkung des Kollegen A. Dietrich-Stuttgart als Vertreter des Verbandsvorstandes.

Das Jahr 1907 kann als rührig bezeichnet werden und galt mehr einer inneren Festigung der Zahlstelle. Leider konnte der Mitgliederstand nicht ganz behauptet werden. Trotz des schönen Erfolges für die Etuisarbeiterschaft wußte doch ein großer Teil dies nicht zu schätzen und wurde wieder der Organisation untreu, was auch den Unternehmern nicht verborgen blieb. Schon Ende 1907 trat ein wirtschaftlicher Rückgang ein, der sich besonders in der Bijouterieindustrie bemerkbar machte und naturgemäß auf die Etuisindustrie überging. Zu Anfang des Jahres 1908 verschärfte sich dieser Zustand. Unsere Etuisfabrikanten hielten den Zeitpunkt für gekommen, der Etuisarbeiterschaft das zu entreißen, was sie sich 1906 erobert hatte; außerdem hofften sie, die so verhasste Organisation zu beseitigen.

Im März stellte die Organisation der Etuisfabrikanten an die Etuisarbeiterschaft das Ansuchen, eine zehnprozentige Lohnherabsetzung über sich ergehen zu lassen. Einmütig lehnte die Etuisarbeiterschaft dieses Ansuchen ab.

Bei der Firma C. Diez fanden Kündigungen (Maßregelungen) statt, angeblich wegen Arbeitsmangel. Die dort Beschäftigten ersuchten um Zu-

rücknahme der Kündigungen und erklärten sich bereit, verkürzt arbeiten zu wollen, was die Firma ablehnte. Hierauf reichten alle dort Beschäftigten die Kündigung ein.

Nun spielten die Etuisfabrikanten ihren Trumpf aus, indem sie allen Beschäftigten kündigten, immer noch hoffend, die Etuisarbeiterschaft einschüchtern zu können. Die Arbeitererschaft verließ aber fast restlos die Betriebe. In einem der größten Betriebe waren von 200 Beschäftigten nur drei erschienen. Die Aussperrung dauerte vom 2. Mai bis 25. Juli. Beteiligt waren 283 Kollegen und 185 Kolleginnen. Der Kampf war hart und erforderte große, besonders finanzielle Opfer im Betrage von 70 000 Mark. Der Erfolg war auf Seiten der Arbeitererschaft. Die Lohnkürzung war abgewehrt. Der Mitgliederbestand betrug 530 und hat lange Zeit die gleiche Höhe gehalten.

1910 fand eine Lohnbewegung der Etuisarbeiterschaft statt, die nur geringen Erfolg hatte. Auch die Buchbinder in Buchdruckereien standen in einer Lohnbewegung mit dem Erfolg von 10 Proz. Lohnerhöhung, je 15 Pf. für die ersten zwei Ueberstunden, für jede weitere und Sonntagsarbeit 30 Pf. sowie einem Minimallohn von 24 Mt.

1911 errangen die Buchbinder in den Buchbindereien eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Proz. sowie Bezahlung der Feiertage für Verheiratete. Auch 1913 war eine Lohnbewegung der Etuisarbeiterschaft sowie der Buchbinder, bei denen nur ein geringer Teilerfolg zu verzeichnen war. Der Kriegsausbruch 1914 hat auch in unserer Zahlstelle verheerend gewirkt. Durch Einberufungen zum Heeresdienst sank der Mitgliederstand sehr rasch. Bald war auch keine Ortsverwaltung mehr vorhanden. Kollege Eugen Scheidt war der einzige, der das Banner der Organisation hoch hielt und die Geschäfte der Zahlstelle allein führte. Die Lohnverhältnisse waren während des Krieges sehr schlecht. Die Versuche des Kollegen Hemminger-Stuttgart, der sich wiederholt bemühte, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen, scheiterte wegen allzu großer Kengstlichkeit der Arbeitererschaft, besonders der Etuisarbeiterinnen.

Am Schluß des Krieges und nach Rückkehr unserer Kollegen mußte wieder von vorne angefangen werden. Nach Wiederwahl einer neuen Ortsverwaltung und durch lebhaft betriebene Agitation gelang es, die Zahlstelle bis zum Schluß des Jahres 1919 auf etwa 400 Mitglieder zu bringen. Im März 1919 wurde der erste Reichstarif für die Etuisindustrie Deutschlands geschaffen, der besonders für die Etuisarbeiterschaft Pforzheims und der Filialorte wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen brachte.

Fr. L. M a n n.

Die Feier des vierzigjährigen Jubiläums der Zahlstelle Pforzheim findet am 28. September in den „Bernhardus-Sälen“ statt, wozu wir die gesamte Arbeitererschaft Pforzheims herzlich einladen.

Zahlstelle Pforzheim.

Streit in der Berliner Luxuspapier-Industrie und in den Steindruckereien.

Der am 1. April 1928 abgeschlossene Lohnstarif für die Betriebe der photographischen Kunstdruckindustrie, der lithographischen Anstalten und Luxuspapierfabriken war am 31. März 1929 abgelaufen. Alle Bemühungen, die unzureichenden Löhne im Verhandlungsweg aufzubessern, sind ergebnislos geblieben. Die Unternehmer haben in den Verhandlungen, die sich über fünf Monate erstreckten, Zuge-

ständnisse irgendwelcher Art nicht gemacht. Sogar ein vom Schlichtungsausschuß gefällter Schiedspruch, der nur eine Zulage von 5 Proz. brachte und der in Anbetracht der außerordentlich niedrigen Löhne durchaus nicht ausreichend war, wurde von den Unternehmern abgelehnt mit der Begründung, das Gewerbe könne keine Erhöhung der Löhne ertragen. Die Löhne müßten, wenn den Bedürfnissen der Unternehmungen Rechnung getragen werden sollte, abgebaut werden.

In einer stark besuchten Versammlung am 30. August beschloßen die beteiligten Arbeitergruppen nach sehr lebhafter Aussprache, daß mit sofortiger Wirkung die maßgebendsten Firmen — es sind dies Abrecht und Meister, Paul Pittius, W. Hagelberg u. G., Littauer und Bohnen und Rotophot — bestreikt werden. Diese Betriebe sind deshalb für alle Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen gesperrt.

Der Streik begann am 2. September. Aus den vorbenannten Betrieben sind die wichtigsten Fachgruppen herausgezogen worden; es befinden sich rund 600 Personen im Streik. Die im Laufe der Woche stattgefundenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da die Unternehmer verlangten, daß zunächst die Arbeit aufgenommen und dann über eine eventuelle Zulage verhandelt werden solle. Eine Zulage auf die Akkordarbeit wurde ohne weiteres abgelehnt.

Nun versucht besonders die Firma Rotophot, Streikarbeit in anderen Betrieben herzustellen zu lassen. Es kommen folgende Arbeiten in Betracht: Kall-Zeitschrift, Radioprospekte für Siemens, Prospekte und Wasserporzelleitung für Reichsbanner. Ferner hat die Firma Pittius unter dem Decknamen Vinte, Berlin-Treptow, Kiehlholzstraße 402, eine Prägerei aufgemacht, in der Streikarbeit hergestellt wird. Bei der Firma Selmar Bayer versuchte der Betriebsleiter, an der Tiegeldruckpresse Streikbrecher anzulernen. Er geriet dabei mit der Hand in die Maschine, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog. Er befindet sich zurzeit im Krankenhaus. Auch Buchdruckerlehrlinge glaubt die Firma an die Streikarbeit stellen zu können.

Es ist nicht unmöglich, daß von den bestreikten Firmen versucht wird, Streikarbeit nach außerhalb zu verschieben. Es kommen bei diesen Arbeiten hauptsächlich in Betracht: Heißdruck- und Monogrammpregearbeiten. Wir bitten, auf diese Arbeiten zu achten und der Ortsverwaltung in Berlin sofort Mitteilung zukommen zu lassen, wenn Streikarbeit irgendwo auftauchen sollte.

Ein rabiater Unternehmer!

Seit Donnerstag, den 29. August, befindet sich die Arbeitererschaft der Firma Leibfarth in Wehingen im Streik. Die Ursache ist das rabiater Verhalten des Inhabers, der glaubt, mit der Arbeitererschaft und deren gesetzlicher Vertretung umspringen zu dürfen, wie es seinen Launen paßt.

Die Firma weigert sich stets die Tariflöhne zu zahlen, trotzdem sie Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, und wir müssen schon seit Jahren dieselben durch das Arbeitsgericht auf dem Klagewege und durch Pfändungen holen. Die Firma befindet sich in Schwierigkeiten, die nicht zuletzt dadurch entstanden sind, daß der Herr Leibfarth als reaktionärer Mensch auch in geschäftlichen Dingen nicht mit der modernen Zeit schritthalten kann und die Ursache seines geschäftlichen Zusammenbruchs nur in der Arbeitererschaft sieht, weil dieselbe Anspruch auf tarifliche Entlohnung erhebt. Mit der Wahrheit steht dieser Herr immer auf gespanntem Fuße, und es wundert uns nicht, wenn auch die Kundschaft sich überlegt, wo sie ihre Ware herbezahlen will. Schriftliche und mündliche Abmachungen uns gegenüber eingesehen, war die Firma immer bereit, jedoch nur, um dieselben nicht zu halten. Mit den dummen Arbeitern kann man ja alles anfangen. Daß das nun anders geworden ist, hat sich die Firma nicht träumen lassen. Wir haben jahrelang eine Festschuld aufgebracht und haben auf die Durchführung unserer Forderungen nicht mit Ent-

schiedenheit bestanden und haben heute noch eine Nachzahlung von einigen tausend Mark zu erhalten, nur um der Firma die Möglichkeit zu geben, sich von ihrem Zusammenbruch zu erholen. Selbst Leute, die schon längst entlassen worden sind, haben ihren Lohn noch nicht erhalten. Wir haben also alles getan, um der Firma die Weiterarbeit zu ermöglichen. Dafür muß die Arbeiterchaft sich mit allen möglichen Schimpfworten belegen lassen. Ueber diese Firma wäre ein ganz anderes Buch zu schreiben, wir wollen uns aber nur auf die Vorgänge beschränken, die zum Streit geführt haben.

Die Firma hat bei dem Handels- und Gewerbeaufsichtsamt vor einigen Monaten eine teilweise Betriebsstilllegung beantragt und die Genehmigung erhalten, 60 Personen entlassen zu dürfen. Davon hat die Firma keinen Gebrauch gemacht. Einige Zeit später hat sie wieder 30 Leute zur Entlassung beantragt und für 20 die Erlaubnis bekommen. Kurze Zeit darauf wurden wieder einige eingestellt. Vor 14 Tagen hat Herr Leibfarth wiederum 40 Personen zur Entlassung bei der Behörde beantragt. Bei einer Verhandlung mit der Firma, an der ein Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes, der Betriebsrat und der Gauleiter des Buchbinderverbandes teilgenommen haben, haben die Arbeitnehmer bezweifelt, daß der Antrag begründet sei, da in letzter Zeit Leute eingestellt worden sind und teilweise Ueberzeit gearbeitet werden muß. Auf diese Feststellung hin kam Herr Leibfarth vollständig aus dem Häuschen und überschüttete den Betriebsrat mit einer Flut von Schimpfwörtern, wie Schuft, Lump, Lausbube, Schlampfer. Als der Gauleiter sich die Beschimpfungen verbat, richtete sich die Wut gegen diesen, und er wurde mit Hinausschmeißen bedroht. Dies konnten wir uns nicht gefallen lassen und haben die Arbeiterchaft unterrichtet, die beschloffen hat, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis Leibfarth seine Beleidigungen zurückgenommen hat.

Vor allen Dingen handelt es sich bei der Firma darum, den Betriebsrat zu beseitigen, denn sie die ganze Schuld zuschiebt, daß die Belegschaft zu 90 Proz. organisiert ist und daß deshalb die Firma mit der Arbeiterchaft nicht mehr schalten und walten kann, wie sie es vor Jahren noch konnte. Der Betriebsrat muß also unter allen Umständen beseitigt werden, selbst unter Zuhilfenahme des Hauptfürsorgeamtes, da es sich um einen schwerkrankschädigten Kollegen handelt. Bis jetzt konnte das immer verhindert werden. Ferner will die Firma ihren Betrieb von der älteren Arbeiterchaft säubern, da ihr die Tariflöhne zu hoch sind und will an Stelle der alten junge Arbeitskräfte setzen, von denen sie annimmt, daß sie keinen Anspruch auf Tariflohn erheben und sich der Organisation fernhalten.

Die Ausdrücke, die der Besitzer in der fraglichen Sitzung dem Betriebsrat gegenüber gebraucht hat, sind auch in sonstigen Vorträgen innerhalb des Betriebs keine Seltenheit, ja er schreckt nicht davor zurück, vor der gesamten Belegschaft seine Meister und Ingenieure mit Schimpfwörtern zu belegen. Die Firma hat alle Ursache, sehr anständig zu sein, schon deshalb, weil sie ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihrer Arbeiterchaft in keiner Weise nachkommt und in der gesamten Öffentlichkeit Mehlgengens absolut keine Sympathie genießt. Ein Betrieb, der auf solch schwachen Füßen steht, der der Arbeiterchaft statt volle Lohnzahlungen nur teilweise Ratenzahlungen gibt, sollte sich hüten, noch den starken Mann spielen zu wollen, da es doch ein leichtes wäre, durch Zwangsvollstreckungen usw. der Firma den Garaus zu machen.

In einer großen öffentlichen Versammlung vor dem Betrieb hat die Einwohnerschaft Mehlgengens zu dem Streit Stellung genommen und konnten wir feststellen, daß selbst bis tief in die bürgerlichen Reihen hinein die Firma mit ihrem Vorgehen auf kein Verständnis stößt, sondern im allgemeinen sehr scharf verurteilt wird, ja sogar große Schadenfreude herrscht, daß der Firma endlich einmal auf die Finger geklopft wird.

Die Belegschaft erwartet von der gesamten Anwohnerschaft, daß bei einem eventl. Arbeitsangebot von seiten der Firma dies nicht angenommen wird, sondern alle Kollegen und Kolleginnen auf diesen Streit aufmerksam gemacht werden, damit ein Zuzug nach Mehlgengen unmöglich ist.

Die Kartonagenfabrik von Christian Leibfarth in Mehlgengen ist gesperrt.
P. Döbeling.

Das kommende Berufsausbildungsgezet und seine Entstehung.

VI. Lehrbetrieb, Lehrling und tarifliche Regelung des Lehrvertrages.

Der dritte Abschnitt des Berufsausbildungsgezetes sucht den Begriff Lehrbetrieb im Gezet zu verankern. Die Regierungsvorlage sah für alle Lehrbetriebe das A n e r k e n n u n g s v e r f a h r e n vor. Angesichts der gewaltigen verwaltungstechnischen Arbeitsbelastung, die ein solches Verfahren mit sich gebracht hätte, das nur durch das generelle A n e r k e n n u n g s v e r f a h r e n ohne Einzelprüfung hätte vereinfacht werden können — was allerdings den Wert der Anerkennung bedeutend herabmindern würde — verzichtete man auf Vorschlag der Unternehmervertreter auf dieses Verfahren und setzte an seine Stelle das A b e r k e n n u n g s v e r f a h r e n durch die gesetzliche Berufsvertretung. Zum Erlaß der allgemeinen Grundsätze und Richtlinien soll die Reichsregierung allein berechtigt sein.

Verliert ein Betrieb seine Eigenschaft als Lehrbetrieb, dann sind die Lehrlinge zu entlassen und durch die gesetzliche Berufsvertretung mit Hilfe der öffentlichen Berufsberatung anderweitig unterzubringen. Die Lehrzeit darf die Höchstdauer von vier Jahren nicht übersteigen. Ueber die Einstellung als Lehrling sagt das Gezet:

„Als Lehrling soll nur eingestellt werden, wer für den Beruf körperlich und geistig geeignet ist und die notwendige Schulbildung hat. Die öffentlichen Berufsvertretungen können Näheres anordnen, namentlich für bestimmte Berufe ärztliche Untersuchungen und Einzelprüfungen vorschreiben; diese Prüfungen sind im Einvernehmen mit der öffentlichen Berufsberatung vorzunehmen.“

Hier ist zweifellos eine der wichtigsten Grundlagen für eine planmäßige Ordnung im Lehrlingswesen geschaffen, um die anarchischen Zustände der Berufswahl, die vielfach noch durch Unwissenheit und Zufälligkeit herbeigeführt werden, nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Bestimmung der Zusammenarbeit zwischen der gesetzlichen Berufsvertretung und der öffentlichen Berufsberatung ist deshalb besonders begrüßenswert. Sowohl den gesetzlichen Berufsvertretungen, als auch den einzelnen Berufsanwärtern wird die öffentliche Berufsberatung mit ihren Einrichtungen als neutraler Mittler wertvolle Dienste leisten können.

Eine nicht geringe Rolle spielte im Sozialpolitischen Ausschuß die grundsätzliche Frage, ob die Lehrlingsentschädigung entsprechend der Forderung der Unternehmer „der freien Vereinbarung“ unterliegen solle oder aber entsprechend dem Antrage der Vertreter der Arbeiter, daß durch Gezet der tariflichen Regelung der Vorrang vor den Anordnungen der Berufsvertretungen zu gewähren sei. Dem „Entweder-Oder-Standpunkt“ der Unternehmer stellten die Arbeitervertreter ihr „Sowohl als auch“ entgegen, indem sie darauf hinwiesen, daß die Anordnungen der gesetzlichen Berufsvertretungen immer nur M i n d e r b e s t i m m u n g e n sein könnten. Etwaige Besserbestimmungen des Tarifvertrages sollten immer den Vorrang genießen. Zur Stützung ihres Standpunktes wiesen sie noch darauf hin, daß die Arbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht übereinstimmend schon entschieden hätten, daß die Bestimmungen des Lehrvertrages den Vereinbarungen des Tarifvertrages unterliegen können, womit die Zuständigkeit des Tarifvertrages einwandfrei festgestellt sei. Diese Feststellung wurde durch die

Vertreter der Reichsregierung auch bestätigt, jedoch ohne nähere Festlegung, welcher Regelung der Vorrang zukomme. Da die Anträge der Arbeitervertreter abgelehnt wurden, so ist anzunehmen, daß in Zukunft, wenn nicht noch Änderungen eintreten, der Inhalt des Lehrvertrages durch die paritätischen Ausschüsse bei den gesetzlichen Berufsvertretungen festgesetzt werden wird.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang noch folgende Entschließung, die auf Grund vieler Beschwerden aus den verschiedensten Berufen angenommen wurde.

„Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ist der Meinung, daß eine gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzte Lehrlingsentlohnung nicht durch Vereinbarung eines an den Lehrherrn zu zahlenden Lehrgeldes umgangen werden darf. Er ersucht die Reichsregierung, dieser Möglichkeit durch eine entsprechende Bestimmung im Berufsausbildungsgezet vorzubeugen.“

VII. Das Prüfungsweien.

Die Regierungsvorlage hatte vorgesehen, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen durch die oberste Landesbehörde verpflichtet werden können, Gesellen-(Gehtlifen-)prüfungen zu veranstalten. Diese Fassung wurde nicht angenommen. Es verblieb vielmehr bei der auf der Gewerbeordnung § 131 Ziff. 2 beruhenden Verpflichtung der Handwerkskammern zur Abnahme der Prüfungen. Um die zwischen Handwerk und Industrie schon seit langem strittigen Fragen der Ablegung von F a c h a r b e i t e r p r ü f u n g e n zu regeln, erhielt der Entwurf folgenden Passus:

„Für die dem Handwerk und der Industrie gemeinsamen Berufe wird die Bildung der Prüfungsausschüsse von den beiderseitigen gesetzlichen Berufsvertretungen gemeinsam geregelt.“

Die Prüfungsausschüsse müssen paritätisch zusammengesetzt sein. Den Vorsitzenden bestellt die gesetzliche Berufsvertretung. Die Ablegung von Meisterprüfungen vor paritätischen Meisterprüfungsausschüssen wurde gleichfalls sinngemäß geregelt. Die im Entwurf vorgesehene Zuziehung von Fachschulkräften als Beisitzer der Prüfungsausschüsse wurde ersetzt durch die Bestimmung, daß diese als Sachverständige zugezogen werden können.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.



Der Buchbinder im Spiegel der Dichter.

III.

In Gustav Hänfling, „Denkwürdigkeiten eines Porzellanmalers“ von Heinr. E. Kromer (Insel-Verlag 1925), bittet ein Buchbinder den durch Fleiß sowie durch gelegentliches Hungern zu einem kleinen Vermögen gekommenen Porzellanmaler um ein kleines Darlehen. Er wolle sich selbständig machen, die Maschinen und Werkzeuge aber seien teuer usw. bittet der Buchbinder. Hänfling, der vorsichtige und sparsame Mann, der sich nur dann satt isst, wenn er irgendwo zum Essen geladen wird, schlägt dem armen Buchbinder das Darlehen glatt ab.

Bei späteren Unternehmungen büßt jedoch Hänfling, der brave Mann, gehörig Geld ein, und nun jammert er, daß er Otterbart, dem fleißigen Buchbinder, die 100 Mark nicht geliehen habe, sondern einem anderen, durch den er sie verlor. Wer die Kunst des Sparens erlernen will, dem sei das Büchlein empfohlen. Der Schluß der Denkwürdigkeiten mahnt jedoch, dieses Sparen nicht zu übertreiben, da es leicht zum Hungertypus und ins Krankenhaus führen kann!

Einen ganz anderen Typ von Buchbindern zeigt uns Gottfried Keller in seiner Zürcher Novelle „Das Fähnlein der sieben Aufrechten“. In dieser Novelle lernen wir einen Spekulanten und Glücksjäger kennen, allerdings spielt er nur als Nebenfigur. Der Dichter erwähnt hier einen Buchbinder Ruckstuhl, der seit geraumer Zeit keinen Streich schafft, der mit Geschick und ohne Kapital alte Häuser kauft und von dem in die Höhe geschraubten Mietzins ein angenehmes Leben führt. Auch hatte er es im Griff, durch leichte bauliche Veränderungen die Wohnungen um ein kleines Kämmertein oder Stübchen zu vergrößern und abermals eine bedeutende Zinserhöhung eintreten zu lassen. Dergegenseit erfreute sich der ehemalige Buchbinder einer hübschen jährlichen Einnahme ohne einen Streich wirklicher Arbeit. So erzählt uns der Dichter.

Doch der geschäftstüchtige Ruckstuhl gedachte auch noch eine reiche Heirat zu machen. Er hatte seine Augen auf eine hübsche Zimmermeisterstochter geworfen. Die Sache scheint im besten Zuge zu sein, schon hat er eine Einladung zum Mittagessen von seinem Schwiegervater in spe erhalten, der ihn genauer kennenlernen will. Ruckstuhl, der in der Zürcher Kaserne seiner Dienstpflicht als Scharfschütze genügt, will seine Kameraden überzeugen, daß er ein forscher Kerl sei und prahlt mit seinen Heiratsprojekten und mit seiner Einladung zum Mittagessen. Er war sehr ahnungslos und unvorsichtig, denn unter seinen Stubenkollegen und Kameraden befand sich einer, der mit der Zimmermeisterstochter längst verprochen war und manche Mondscheinjahre mit ihr auf dem Zürcher See unternommen und bei dieser Gelegenheit auch manches Rübchen getauscht hatte. Dieser Kamerad, ein Schneidersohn, heckte nun einen guten Plan aus, den Buchbinder zu verhindern, sich seiner Geliebten zu nähern und ihn von dem erwähnten Mittagessen auszuschließen.

Wie dieser Plan ausgeführt wird, ist sehr erheiternd zu lesen und vom Dichter anschaulich beschrieben. Ruckstuhl wird zu einer heimlichen Zecherei nach dem Zapfenstreich im Mannschafszimmer veranlaßt, man verhängt die Fenster, und es beginnt ein Potulieren. Der Buchbinder fühlt sich selig wie im Elysium und ist bald betrunken. Es werden einige Kunststücke probiert, und er ist nicht mehr imstande, diese präzise auszuführen und wird daher schwerweise verurteilt, in kleiner Uniform, d. h. im bloßen Hemd und umgeschminkt, eine Viertelstunde Posten vor der Türe zu stehen. Während die übrigen Kameraden, die mit dem Schneidersohn in das Komplotz eingeweiht sind, schnell das Licht löschen, die Fenster frei machen und

in ihre Betten schlüpfen, steht Ruckstuhl mit noch einem Kumpan getreu seiner Strafe vor der Türe Posten. Er wird vom wachhabenden Offizier erwischt. Dieser will wissen, was los ist, befiehlt Licht zu machen, und nun beginnt eine Auseinandersetzung zwischen dem Offizier und Ruckstuhl. Die Kameraden spielen ein wenig Komödie und stellen sich so, als hätten sie fest geschlafen und wüßten von nichts und Ruckstuhl sei ganz allein der Schuldige. Dieser kann es nicht unterlassen, in seinem Rausch den Offizier zu verhöhnern und wird von diesem kurzerhand zu drei Tagen Arrest verurteilt und sofort abgeführt. So sah nun der Buchbinder am nächsten Tage statt am reichgedeckten Tische des Zimmermeisters im Arrest bei Wasser und Brot. Der Zimmermeister brummt etwas über die Unpünktlichkeit der jungen Männer. Die Tochter läßt sich nichts anmerken, frohlockt jedoch innerlich über den Streich ihres Jugendfreundes, der ihr einen lästigen Bewerber vom Hals geschafft hat. Und dieser Jugendfreund, ihr Geliebter, triumphiert und führt später die Braut heim.

Als eines der besten Werke Gottfried Kellers gilt sein Buch: Der grüne Heinrich. Es ist ein Künstlerroman und als solcher zu bewerten. Unter dem Namen Heinrich Lee schildert der Dichter seine eigenen Erlebnisse. Den ersten Band, der die Jugendjahre zum Gegenstand hat, können wir hier übergehen, während der zweite Band, der den Werdegang eines Künstlers behandelt, uns mehr interessiert.

Heinrich Lee wollte also ein Maler werden und ging wie so viele andere nach der Kunststadt München. Seine Mutter, die ihn mit ihren spärlichen Einkünften großgezogen hatte, suchte die letzten Taler zusammen, um ihrem Sohn die Mittel für einen längeren Aufenthalt im Auslande zu verschaffen. Die Schwierigkeiten eines werdenden Künstlers sind ja immer die gleichen und sie lassen sich kurz in die drei Fragen zusammenfassen: Wie male ich? Was male ich? und — Wie verkaufe ich meine Bilder?

Zwischen all dem Schwanken, Hangen und Bangen und dem mehr oder weniger notwendigen Künstlerstreben fand nun der grüne Heinrich dennoch Zeit, zwischendurch schriftliche Aufzeichnungen zu machen. Es machen sich also schon die ersten Regungen des Dichtergeistes bemerkbar. Er brachte diese Aufzeichnungen zu einem Buchbinder, um sie binden zu lassen. Sie sollten nur einfach gebunden werden und nicht viel kosten, denn der Maler hatte wenig Geld. Künstler haben bekanntlich immer wenig Geld, Buchbinder meistens aber immer noch weniger. Doch der Meister band das Buch nicht einfach in einen lumpigen Pappband, auch nicht in Leinwand, sondern in Seide, vergolbete den Schnitt und verfaß das Buch mit metallenen Schloß und Spangen. So beschrieb es der Dichter, und man bemerkt auch hier wieder eine gute Sachkenntnis, die uns schon bei der Beschreibung des Schmuckkästchens auffiel. Der Buchbinder war also etwas eigenmächtig, er machte seine Arbeit schöner, als es der Kunde wünschte. Sehr oft ist es ja gerade umgekehrt der Fall! Aber der Buchbinder hatte vielleicht sein Nase in das Manuskript gesteckt, hatte darin gelesen und dabei erkannt oder doch geahnt, daß hier ein neuer Dichter im Werden sei, der den Weg, den er zu gehen habe, noch nicht klar erkannte und daß diese tastenden Versuche eines kommenden Dichters auch in ein würdiges Gewand gekleidet werden müßten. Und der Buchbinder mochte wohl voraussehen, daß die Werke dieses kommenden Dichters einst die Drucker- und Buchbinderpressen in Bewegung setzen und eine stattliche Reihe von Bänden dem Gewerbe Arbeit und Brot bringen würden.

Und der Maler Heinrich Lee alias Gottfried Keller war später dem Buchbinder dankbar, daß er seinen ersten Manuskripten einen so schönen Einband gegeben hatte, wenn es auch ein paar Gulden mehr kostete. Denn als er mit getäuschtem Hoffnungen heimwärts zog, wo eine trante Mutter ihren Sohn sehnsüchtig erwartete, wo die Verwandten den mit

großen Plänen von Ruhm und Geld träumend ausgezogenen bereits als einen verlorenen Sohn betrachteten, da nahte diesem kurz vor den Grenzen seiner Heimat die Rettung. Müde und durchnäßt erhält er bei einem deutschen Grafen Unterkunft und Gastfreundschaft und obendrein noch einen Auftrag, der ihm eine schöne Stange Gold einträgt, so daß er nicht, wie Mutter und Verwandte befürchteten, als verlорener Sohn, sondern als wohlhabender Mann seine Schweizer Heimat betritt. Da reizende Mächte des Grafen bekam zuerst das schöne seidene Buch in ihre Hände; sie las darin und debattierte über den Inhalt desselben mit dem Maler und künftigen Dichter, und nach Frauenart preßte sie schöne Blumen als sinnige Lesezeichen zwischen die goldgeschmückten Blätter.

(Fortsetzung folgt.)

Der Menschenfreund.

Von Th. Thomas.

Auf dem Hauptbahnhof. Ich komme mit dem Nachtzug von Bremen nach anderthalb Stunden Aufenthalt zum Anschluß nach Berlin.

Im Wartesaal sind viele Tische frei. Es gibt guten Kaffee. Nicht lange dauert es, höre ich: „Sie gestatten doch?“

Damit setzt sich einer an meine Seite. Er beginnt sofort eine Unterhaltung.

„Fahren Sie auch nach Kassel?“

„Nein, ich will nach Berlin.“

„Aha, da fahren Sie mit dem Zug 3.15 Uhr aus Köln?“

„Wieso 3.15 Uhr, der fährt doch 4.10 Uhr.“

„Mensch, bin Sie nicht dumm, 3.15 Uhr, da komm' Sie doch eine Stunde früher hin!“

Schon hat der fürsorgliche Nachbar einen Fahrplan vor mir ausgebreitet, dann tritt er links an meinen Stuhl, um mir die Eisenbahnkarte vorzudemonstrieren. Er redet mi: Feuerzettel, ich solle doch 3.15 Uhr fahren. Was der Mann nur hat...

Auf einmal merke ich am linken Bein einen Ruck, sehe mich um, da fällt mein Blick auf einen Bengel, wie er dabei ist, sich mit meinem Koffer zu beschäftigen. Er hat aber nicht beachtet, daß der mit einer schwarzen Schnur an mein Bein gebunden ist, so daß er mich als Zugabe mitnehmen muß, wenn er den Koffer will. Der Junge flucht weg.

Noch ehe ich mich recht besinne, nimmt der Mann mit der Eisenbahnkarte die Verfolgung auf. Natürlich kommen sie nicht wieder, denn soviel habe ich schon erfaßt: die beiden „arbeiten“ zusammen.

Es ist noch eine Stunde Zeit, ich gebe meinen Koffer ab, um bei einem kleinen Spaziergang schnell ein Mondbad zu nehmen.

Auf einmal höre ich hinter einer Tür die Stimme des Mannes, der vorher mein Tischnachbar war.

„Du bist doch ein Rindvieh.“

„Ich sag dir doch, der Koffer war angebunden,“ verteidigte sich der Bub mit einer weinerlichen Stimme.

„Quatsch, Hunde bindet man an, aber doch keine Handtasche, du bist ein Tolpatsch.“

Dann find sie spurlos verschwunden, diese Gemütsmenschen.

In den Hauptbahnhof zurückgekehrt, wende ich mich an einen Schuhmann, um die beiden zu signalisieren. Er hört mich an, ruhig, kalt, gemessen.

„Is er Ihnen nu weggenommen oder nich?“ unterbricht er mich.

„Ich sage Ihnen ja, sie haben es nur versucht.“

„Na, da hann' Sie Glück gehabt; wenn die beiden wiederkommen, dann zeigen Sie sie mir mal.“

„Ich reise ab, ich wollte...“

... also, dann machen Sie sich doch keine Gedanken, überlassen Sie des uns.“

Da hab ich es aufgegeben, als Schüßling des reisenden Publikums aufzutreten. Ich bleib bei meiner Schnur.

Für unsere Kolleginnen



Sommer der Fabrikarbeiterin.

Sie weiß wohl, daß es Sommer ist.
Die weißen Wolken, blaue durchlöchert,
Die sie so manchmal sieht,
So in der Mittagspause
Und dann am Abend noch,

Die Sonne auch, und die vor allem,
Die hoch selbst über Höfen steht.
Dazu das Grün in Strazengärten
Und rund um die Geranien.

Das alles sieht sie wohl und weiß,
Daß das der Sommer ist.
Doch, wie zu allen andern Jahreszeiten,
Ob Juli oder Januar,
Addiert und subtrahiert am Wochenende
Sie mit dem schmalen Wochenlohn
Für Miete und für Magen

Und weiß nicht,
Wo der Sommer blieb.

Marie Harder.

starke: von 169 458 Berufsangehörigen, die von den Lohnbewegungen des letzten Jahres erfasst wurden, waren 118 332 oder 70 Proz. weiblichen Geschlechts. Der finanzielle Erfolg kann unter Berücksichtigung der gesamten Wirtschaftslage und Organisationsverhältnisse als befriedigend bezeichnet werden. Wurde doch neben den Manteltarifabschlüssen für alle Beteiligte im Durchschnitt für die Kolleginnen eine Lohnzulage von 1,90 Mk. pro Woche erzielt. Das ist eine Erhöhung des jährlichen Einkommens um rund 100 Mark. Und der Erfolg wäre zweifellos ein größerer, wenn unsere Kolleginnen sich stärker um ihre besonderen Interessen kümmern würden.

Zeit- und Akkordlohnverhältnisse lassen doch noch viel zu wünschen übrig. Die ungeheure und intensive Ausnutzung gerade der weiblichen Arbeitskräfte, die mit einer starken Gefährdung der Gesundheit verbunden ist, fordert neben Erhöhung der Frauenlöhne gebieterisch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit. Wir Arbeiterinnen können unmöglich auch weiterhin damit zufrieden sein, daß man uns nur 60 Proz. des Männerlohnes gibt.

Die Anforderungen, die heute insbesondere an die Maschinenarbeiterinnen gestellt werden, lassen es vollauf gerechtfertigt erscheinen, daß dieser Prozentsatz wesentlich erhöht wird. Das sind aber Fragen, die für alle Arbeiterinnen von solch außerordentlich hohem Interesse sind, daß alle Kolleginnen sich recht eingehend damit beschäftigen sollten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dies bringend notwendige Forderungen sind, deren Erfüllung wohl schon morgen berechtigt wäre, die wir jedoch erst in zähem Kampfe erringen können. Daher ist es bitter notwendig, daß auch unsere Kolleginnen sich mehr als bisher am Ausbau der Organisation beteiligen, insbesondere als Funktionäre ihren Einfluß geltend zu machen suchen. Wenn wir offenen Auges die Entwicklung der Verhältnisse in unserem Beruf beobachten, dann sehen wir, daß die Frauenarbeit einen immer größeren Umfang einnimmt. Wir sehen dann aber auch, daß heute erheblich größere Anforderungen an die Arbeiterinnen gestellt werden als vor etwa dreißig Jahren. Sorgt also dafür, daß diese Erkenntnis in alle Berufskreise dringt und die Kolleginnen mehr als bisher den Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage selbst führen.

Ihr habt die Macht in Händen,
wenn ihr nur einig seid!

Lo t t e n.

Wann werden die Arbeiterinnen ihre Aufgaben erkennen lernen?

Eine nicht mehr zu überschende Erscheinung der fortschreitenden Industrialisierung ist die wachsende Eingliederung der Frauen und Mädchen in den Produktionsprozeß. Immer neue Formen, immer neue Methoden entwickelt die kapitalistische Wirtschaft, die ihren Ausdruck finden in immer weitergehender Verfeinerung und Spezialisierung der Maschinen, der Werkzeuge, der Arbeitsmethoden. Die durch Verbesserung der Technik hervorgerufenen Revolutionen waren stets begleitet von mehr oder weniger auffälligen Umwandlungen des gesellschaftlichen Lebens. Eine der

wichtigsten Aufgaben des Proletariats ist es, diesen Umwandlungen der bestehenden Gesellschaftsordnung die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie zu erkennen, um sie im Interesse der Arbeiterklasse auszuwerten. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen ist eine der größten Umwälzungen unserer Zeit. Sie verdient die größte Beachtung der Organisationen wie der arbeitenden Frauen selbst. Der wirtschaftliche Zwang einer Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß ergab sich aus den Verhältnissen. Sie wieder daraus entfernen zu wollen, nachdem sich ihr nahezu alle Berufszweige erschlossen haben, ist zur Unmöglichkeit geworden. Nach jahrhundertelanger Unfreiheit, wirtschaftlicher und geistiger Unterdrückung treten nun die Frauen als beachtlicher Faktor im gesellschaftlichen Leben auf. Die starke Verbundenheit mit der Wirtschaft setzt sie auch in Beziehung zur ganzen Gesellschaft. Sie beginnen, leider noch in völlig unzulänglicher Weise, ihre Forderungen auf Gleichberechtigung und gleiche Beteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu proklamieren. Darin wird man die sich anbahnende gesellschaftliche und kulturelle Auswirkung der Erwerbstätigkeit der Frauen erblicken dürfen.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften dieser Entwicklung fördernd gegenüberstehen. Haben sie doch das lebhafteste Interesse daran, die vielen brachliegenden Kräfte und Eigenschaften der Frauen für die menschliche Gesellschaft nutzbar zu machen. Die Eingliederung der Frauen in die Organisationen und eine dem Wesen der Frau entsprechende gewerkschaftliche Schulung bezeichnet schon das Interesse des gesamten Proletariats an den Frauenfragen. Die Frauen zu organisieren, damit sie in gemeinsamer Kampffront mit den Männern das gemeinsame Ziel, die Befreiung der Arbeit, die sozialistische Gesellschaft erreichen, war und ist das Streben der Gewerkschaft.

Daraus ergeben sich aber Voraussetzungen, die in Vorstandeschulung und verfeinerter Menschenbildung bestehen. Im allgemeinen erscheinen die Frauen einer Vorstandeschulung wenig zugänglich, und dennoch ist sie unerlässlich, wenn sie die Probleme des gesellschaftlichen Lebens, zu deren Lösung sie mit berufen sind, durch Einsicht in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge der Lösung näher bringen wollen.

Notwendig dazu ist eine gründliche Umstellung der Arbeiterinnen. Zu wenige sind sich ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben voll bewußt. Diese Bedeutung liegt nicht nur darin, daß man den Arbeitsplatz voll ausfüllt, sie liegt vielmehr darin, daß man die Verhältnisse, unter denen man arbeitet, kritisch würdigt und verständlich durchdenkt, um praktische Vorschläge für Verbesserungen machen zu können. Nur durch schöpferische Betätigung der Arbeiterinnen selbst wird das gewerkschaftliche Leben jene Bereicherung erfahren, welche vorwärts strebenden Arbeiterinnen jede Veranstaltung ihrer Organisation lieb und wert macht, weil sie wissen, daß sie ihnen zur Weiterbildung, zum geistigen Aufstieg verhilft.

Noch sind wir diesem Ziel fern, doch beginnen sich an vielen Orten schon die Kräfte zu regen, die sich bemühen, dem Ziele näherzukommen. Für die gesellschaftliche Entwicklung, die der Arbeiterklasse obliegt, ist die verstandesmäßige Durchbildung der Arbeiterinnen notwendig. Machen sich in immer größerer Zahl die Arbeiterinnen diese Auffassung zu eigen, verbinden sie ihre Einsicht in die Zusammenhänge alles Geschehens mit dem den Frauen eigenen Reichtum an Gefühlen, so eröffnen sich für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung Aussichten, welche zu großen Hoffnungen für den geistigen Aufstieg der Arbeiterinnen berechtigen. Der Anfang ist da. Deshalb noch einmal die Frage: „Wann werden die Arbeiterinnen ihre Aufgaben erkennen lernen?“

×.

Unsere Kolleginnen im Verbandsleben.

In den letzten fünf Monaten ist das Verhältnis der weiblichen zu den männlichen Verbandsangehörigen fast unverändert geblieben: einem Drittel männlicher standen zwei Drittel weiblicher Mitglieder gegenüber. Auch gegenwärtig haben wir bei rund 60 000 Mitgliedern 40 000 weibliche. Bei dieser zahlenmäßigen Ueberlegenheit der Kolleginnen sollte man meinen, daß sie den Verband in ihrem Sinne beeinflussen und ihm das Gepräge geben. Davon ist jedoch noch immer herzlich wenig zu spüren, wenn auch gegenüber den ersten Jahren der Organisations-tätigkeit hierin ein erfreulicher Wandel zum Besseren eingetreten ist. Wie man aus dem Jahresbericht des Verbandsvorstandes ersieht, spielen die Kolleginnen gewissermaßen passiv wohl eine recht erhebliche Rolle. Dagegen läßt ihre aktive Beteiligung noch viel zu wünschen übrig. So waren als ehrenamtliche Verbandsfunktionäre im Jahre 1927, nach Ausschaltung von Doppelzählungen, insgesamt rund 4500 männliche und 1500 weibliche Mitglieder tätig. Das heißt, es standen 75 Proz. männlichen Funktionären nur 25 Proz. weibliche gegenüber. Ähnlich ist das Verhältnis, wenn man die Betriebsräte gesondert nimmt. Man sollte meinen, daß die Kolleginnen doch wenigstens in der Werkstube zur Vertretung der Interessen ihrer Geschlechtsgenossen sich mehr berufen fühlen und für solche Posten sich zur Verfügung stellen. Aber auch da ist dies nicht der Fall. Von den 2677 Betriebsratsmitgliedern, die im letzten Jahre in unserem Mitgliederkreise ermittelt wurden, waren nur 847 = 32 Proz. weiblichen Geschlechts. Also auch hier finden wir das umgekehrte Verhältnis wie bei der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes.

Dagegen ist die Beteiligung des weiblichen Elements an den Lohnbewegungen eine ziemlich

Brief einer Mutter an ihre verheiratete Tochter.

Mein liebes Kind!

Diesmal willst Du also kein Rezept gegen angebrannte Suppen und keinen Schnitt für ein Windelböschchen, sondern aus Deiner Frage, wie es denn mit dem geistigen Zusammenleben in meiner Ehe gewesen sei, schreibe ich, daß es Dir um innere Dinge geht. So ganz beifällig schreibst Du, daß Gerhard ja zweimal in der Woche abends in Verbandsstunden sei und an den übrigen Abenden viel mit seinen Kassierergeschäften, der Verbandskorrespondenz usw. zu tun habe, wodurch Du „reichlich Zeit zum Schreiben“ hast. Ich müßte meine Urjula nicht kennen, wenn ich nicht mehr zwischen den Zeilen läse . . .

Dein Vater war ein Hitzkopf. Du weißt, daß der Krieg von der Gewerkschaftsbewegung große Opfer forderte. . . So, es war für viele eine sehr gefährliche Sache, überhaupt nur eine eigene Meinung frei zu äußern, noch gefährlicher, sich politisch in freihetlichem Geiste zu betätigen. Als wir uns verheirateten, stand Dein Vater mit in vorderster Reihe unter den ganz wenigen mutigen Wortkämpfern einer neuen Gesellschaftsordnung. Er kannte keine ängstliche Rücksicht, kein Versteckspielen, kein Duckmäuertum. Er erregte „Anstoß“. Kollegen und Kollegenfrauen tuschelten mir ins Ohr, ich müßte ein wenig bremsen. Wenn er weiter so unbesonnen sich bloßstelle, würde er über kurz oder lang seinen Dienst quittieren müssen. Ich bekam Angst um unsere Zukunft, besonders, als Du dann da warst.

Die ewige Unruhe um meinen Mann peinigte mich. Ich begann ihn zu beschwören, vorsichtiger zu sein, von seinem „Radikalismus“ abzulassen, den Mund zu halten, wie die anderen auch. Leidenschaftlich verteidigte er anfangs das Recht seiner Ueberzeugung. Aber ich ließ nicht nach. Ich überwachte seine Schritte, las im Manuskript seine Artikel und erreichte, daß mancher nicht veröffentlicht wurde. Ich malte ihm in den düstersten Farben unsere Zukunft aus. Ich sagte ihm, er könne Dich und mich nicht liebhaben, wenn er so leichtfertig unser Glück und unsere Sicherheit aufs Spiel setzte. Das traf! Immer seltener wurden die Ausbrüche seines leidenschaftlichen Freiheits- und Gerechtigkeitsgefühls. Er lernte . . . schweigen, sich ducken — wie alle anderen. Dein Vater ist vor der Zeit ein stiller, müder Mann geworden. Mit 35 Jahren bekam er graues Haar. Die Kriegszeit hat er nicht mehr erlebt, er ist, wie Du weißt, jung gestorben.

Im den langen Jahren meines Witwenums habe ich Zeit genug gehabt, darüber nachzudenken, ob ich damals richtig gehandelt habe. Heute sage ich: nein!

Gewiß, es ist nur zu begreiflich, daß eine Frau ihren Mann zunächst einmal in Sicherheit wissen und dann in den wenigen freien Stunden, die ihm der Dienst läßt, ihn für sich haben möchte. Aber dieser Wunsch darf nicht dazu führen, den Mann von seinen wichtigsten Lebensinteressen abzuschneiden. Du denkst vielleicht: wichtigste Lebensinteressen? Das sollten für ihn sein der Beruf, die Familie, das Heim. So denken die meisten Frauen. Aber, überlege Dir einmal, liebe Urjula, was der „Beruf“ heute für den Menschen ist. Wie wenige sind zu ihm „berufen“! Für die meisten ist es nur ein Brotwerb. Ihre besten und wertvollsten Kräfte können sich darin nicht auswirken. Ihr Leben würde schal, unbefriedigend, hoffnungslos bleiben, wenn es ihnen weiter nichts böte als dreißig, vierzig Jahre ermüdende Mühsal. Oder sollen sie all ihre Hoffnungen auf freie Betätigung ihres Menschentums konservieren bis für die Zeit des Alters? Dann ist's gewöhnlich zu spät, nicht nur die Jugendkraft, sondern auch der Jugendglaube ist dahin.

Darum braucht der Lebendige, vorwärtstrebende Mann in unserer Zeit etwas, was ihm innere Befriedigung gibt, was ihn von dem drückenden Muß befreit und seinen Drang nach selbstgewählter, sinnvoller Betätigung befriedigt. Du denkst nun vielleicht: Gerhard hat schon auf der Arbeit den ganzen Tag genug zu tun; wie kann er da abends seine Verbandsabrechnungen noch gerne machen? Zwischen beiden Tätigkeiten ist ein gewaltiger Unterschied. Wenn er sich abends seine Bücher vornimmt, tut er es ganz aus freien Stücken, ohne irgendeinen äußeren Zwang und — das Wichtigste, er tut es nicht für sich,

sondern er weiß, daß er es für seine Kollegen und Kolleginnen tut, daß er damit an seinem bescheidenen Teile mitwirkt an der Befreiung aller aus den Fesseln, unter denen er selbst leidet. Dadurch aber arbeitet er zugleich auch für Eure und Eures Jungen Zukunft.

Da hast Du die Antwort, liebe Urjula, auf Deine unausgesprochene Frage. „Dein“ Mann gehört Dir nicht allein, er gehört keiner Zeit, seinen Mitmenschen. Du aber sollst nun nicht etwa großdanks abseits stehen und die „verlassene Frau“ spielen. Ganz im Gegenteil: Freue Dich, daß Dein Mann lebendigen Anteil an allen geistigen Strömungen unserer Zeit nimmt — tu Du selbst es aber auch! Interessiere Dich für die Dinge, die ihm am Herzen liegen, hilf ihm doch bei seinen Abrechnungen, geh mit in eine Versammlung, lies sein Verbandsblatt, kümmere Dich um politische Tagesfragen! Dann erst wirst Du ihm eine rechte Lebenskameradin, dann aber auch erst für Deinen Jungen eine wahre, lebensvolle und der Zukunft angehörige Mutter sein. Und wenn zu Kundgebungen die roten Fahnen entrollt werden — geh mit!

In Liebe

Deine Mutter.

Ich ernähre meine Frau . . .

Hat es damit seine Richtigkeit?

Im letzten Jahrhundert ereigneten sich vielerlei Umwälzungen. Auch die Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft wandelte sich. In den persönlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau hat sich jedoch kaum etwas oder nicht viel geändert. Sie bewegen sich noch in demselben kleinbürgerlichen Milieu wie vor dreißig, fünfzig und hundert Jahren. Die Frau, deren Rolle heute doch eine ganz andere ist als ehemals, wird vom männlichen Wesen trotzdem immer noch als ein nicht gleichberechtigter Partner angesehen. Der Mann trägt gegenüber der Frau die Nase noch viel zu hoch. Er kann von dem Himmel noch nicht loskommen, daß er der Herr der Schöpfung ist. Diese Einstellung des Mannes ist aber bei den heutigen Verhältnissen gar nicht mehr haltbar und müßte schon längst der Vergangenheit angehören. Aber dies ist eben nicht der Fall, und der Dünkel der Männer gegenüber den Frauen wurzelt noch so tief, daß man sich wundern muß, wie langsam eigentlich gesellschaftliche Veränderungen verzapfte Anschauungen aus dem Bewußtsein der Menschen verdrängen.

Die starke Ueberheblichkeit des Mannes gegenüber der Frau ist nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch innerhalb des Proletariats weit verbreitet. Selbst der aufgestärkte gewerkschaftlich und politisch organisierte Proletarier hat diese Ueberheblichkeit gegen die Frau, gegen seine Klassengenossin noch nicht abgestreift. Welche Versteigkeiten der Mann sich gegenüber der Frau erlaubt, sei nur an einem Beispiel illustriert.

Wie oft spricht doch der Mann davon, daß er seine Frau ernährt. Ja, er bekommt nicht genug davon, bei allen nur möglichen Anlässen damit zu prahlen: Ich ernähre meine Frau. Damit will der Mann zum Ausdruck bringen, daß die Frau ihm wegen seiner Wohlthätigkeit zu ganz besonderem Dank verpflichtet ist.

Als der Mann noch nicht dem verheirateten Personenstande angehörte, da fiel es ihm nicht im mindesten ein, zu sagen, daß er die Schummermutter, bei der er wohnte, ernähre, daß er die Wirtin vom „Goldenen Huhn“, bei der er seine Maßigkeiten einnahm, ernähre, und daß er die Waschfrau Müller, bei der er wusch und stüden ließ, ernähre.

Sobald aber der Mann heiratet, faßet er ununterbrochen davon, daß er die Schummermutter, die Wirtin vom „Goldenen Huhn“ und die Waschfrau Müller, die in seiner Frau in einer Person vereinigt sind, ernährt. Ich ernähre meine Frau . . .

Vordem war es für den Mann eine Selbstverständlichkeit, daß er für die Dienste fremder Personen, für Wohnen, Essen und Sauberkeit, auch zu entsprechenden Gegenleistungen verpflichtet war. Mit keiner Silbe mußte er auf, als ihm am Wochenende die Rechnungen präsentiert wurden. Es standen sich Leistung gegen Leistung gegenüber. In der Ehe ist es plötzlich anders: da ist der Mann der Herr und Ge-

bieter, und die Frau ist die, die ernährt wird. Daß sie aber darauf einen wohlbegründeten Anspruch hat, die nur eine Gegenleistung für die dem Manne geleisteten Dienste darstellt, das vergißt der Mann.

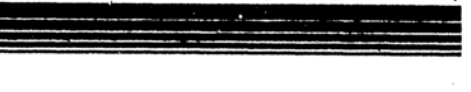
Die Frau muß sich Essen und Kleidung, die ihr der Mann gewährt, verdammt redlich verdienen. Ist nicht die Frau vom grauen Morgen bis zum sinkenden Abend auf den Weinen und wirkt und schafft, kocht und pugt, stüdt und wäscht? Und für wen? Doch nur für den Mann! Und da versteigt sich der Mann zu der Ueberheblichkeit: Ich ernähre meine Frau.

Der Mann kann erst davon sprechen, er ernährt seine Frau, wenn diese ihm zu keinen Gegenleistungen verpflichtet ist. Innerhalb der Arbeitermehrschaft kommt dies aber überhaupt nicht vor. Selbst bei mondanen Verhältnissen kann man darüber streiten, ob der Mann die Frau, die er gerade sein eigen nennt, ernährt; denn auch hier werden von der Frau ganz bestimmte Gegenleistungen verlangt.

Nur dadurch, daß heute die Frau dem Manne kocht, wäscht usw., nur dadurch wird er in den Stand gesetzt, seiner Arbeit, seiner Beschäftigung und damit seinem Verdienst nachzugehen. Das Haushaltsgehd, das der Mann der Frau am Zahntag übergibt, stellt doch nur die Summe dar, um damit die Befordungen treffen zu können, die zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft notwendig sind, und daß hierin die Summe für die Wiederherstellung der Arbeitskraft der Frau mitenthalten ist, liegt auf der Hand. Wenn der Mann nicht verheiratet wäre, so müßte er eben durch fremde Personen die Wiederherstellung seiner Arbeitskraft besorgen lassen, und daß diese als Gegenleistung nicht nur die Summe, die zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft notwendig ist, verlangen, sieht wohl jeder ein. Darum heiratet auch zumeist der Mann, da er glaubt, dadurch billiger zu stehen, und trotzdem bringt er den Mut auf, davon zu sprechen, daß er seine Frau ernährt.

Nur schade, daß es für die Hausfrauen noch keinen Tarifvertrag gibt. Die Hausfrauen haben bis zur Stunde die schlechtesten Arbeitsbedingungen aller arbeitenden Menschen.

Wie aber kommt es, daß die Tätigkeit der Hausfrau nicht gewertet wird und der Mann die Phrase hinlegen kann: Ich ernähre meine Frau? Dies kommt daher, daß im Kapitalismus nur jene Arbeitskraft im Kurs steht, die produktiv im kapitalistischen Produktionsprozeß steht. Da die Hausfrau für den Kapitalismus nicht produktiv tätig ist, ist ihm die Hausfrauen-tätigkeit eine nebensächliche Angelegenheit. Und der Mann glaubt natürlich, jene Einstellung des Kapitals übernehmen zu können. Wenn auch die Hausfrau keine produktive Arbeit im Sinne der kapitalistischen Profitwirtschaft leistet, so leistet sie, und das sei hier ganz besonders betont, nichtsdestoweniger eine gesellschaftlich notwendige Arbeit. Die Tätigkeit der Frau im hauswirtschaftlichen Sinne wird immer eine gesellschaftlich notwendige, das heißt eine unentbehrliche sein. Und eine Wirtschaftsordnung, in der nicht mehr der Profit Trieb des Wirtschaftens ist, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, da wird der Tätigkeit der Hausfrau die Wertung zuteil werden, die sie auf Grund ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit zu beanspruchen hat. Dann wird sich der Mann nicht mehr erdreisten zu sagen, daß er seine Frau ernährt. Er wird es als eine Selbstverständlichkeit auffassen, daß in dem Sozialprodukt, das ihm die Gesellschaft zur Verfügung stellt, auch enthalten ist das Sozialprodukt für seine im Hauswesen tätige Frau, die dort gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet. Auch heute schon sollten sich die Frauen gegen die Anschauung der Männer zur Wehr setzen, daß der Mann die Frau ernährt. Lj. P.



Gelesene Nummern
der »Buchbinder-Zeitung«
gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbnisstaffe der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Am 26. und 27. August fand im Restaurant „Berg-Gesellschaft“ in Weimar die ordentliche Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbnisstaffe der Buchbinder statt. Gemäß den Beschlüssen der Generalversammlung in Kassel vom Jahre 1926 war diese Veranstaltung erst für das kommende Jahr geplant, aber wichtige Veränderungen, die im Verlaufe der dreijährigen Geschäftsperiode sich notwendig machten und die nicht immer auf reinem Verwaltungswege erledigt werden können, bildete die Veranlassung für die diesjährige Tagung. In den letzten Nummern unserer „Buchbinder-Zeitung“ hat diese Veranstaltung ganz besondere Beachtung gefunden, so daß über den Verlauf wie folgt berichtet werden kann.

In einer am Vorabend stattgefundenen Vorbesprechung einigte man sich zunächst über die notwendige Besetzung des Büros sowie der einzelnen Kommissionen. Und zwar wird Zinke und Radtzen-Leipzig die Leitung der Generalversammlung übertragen. Lorley-Leipzig, Klimm-Köln werden zu Schriftführern bestimmt und Jüngling-Bürgel erhält die Führung der Rednerliste übertragen. Die Mandatsprüfungskommission bilden die Kollegen Hinz-Berlin, Wünderlich-Hamburg, Scheffel-Offenbach. Für die Haushaltkommission werden Devaque-Leipzig, Somann-Berlin und Anders-Stuttgart bestimmt, und die Gehaltskommission setzt sich aus Hinz-Berlin, Müller-München, Scheffel-Offenbach zusammen.

Am 26. früh 9 Uhr wird die Generalversammlung vom Kollegen Zinke eröffnet. Er wünscht der Tagung guten Erfolg, verweist auf die große Anzahl der vorliegenden Anträge und gedenkt in ehrenden Worten einiger verdienstvoller Kollegen, die durch Tod ausgeschieden sind. Hierauf überträgt er den Vorsitz der Versammlung dem diesjährigen Alterspräsidenten Kollegen Liedemann-Leipzig, unter Hervorhebung der Verdienste in mehr als 40-jähriger Tätigkeit. Kollege Liedemann dankt in bewegten Worten und holt sodann die Zustimmung der Generalversammlung ein, für die in der Vorbesprechung gemachten Vorschläge für das Büro sowie die Kommissionen, die ohne Widerspruch erfolgt.

Im Anschluß hieran wird in die Tagesordnung eingetreten, und Hinz-Berlin erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind der Vorsitzende und Kassierer, 2 Mitglieder des Zentralvorstandes, 50 Delegierte und 2 Gäste. Die Mandate werden einstimmig für gültig erklärt.

Nunmehr erhält Kollege Zinke das Wort zu seinem Geschäftsbericht, dem wir folgende interessante Angaben entnehmen:

Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1926 11 617 Mitglieder. Bis zum 30. Juni 1929 war eine Zunahme von 2555 Mitgliedern zu verzeichnen, so daß nach Berücksichtigung der Austritte, Todesfälle usw. gegenwärtig ein Bestand von 12 460 Mitgliedern vorhanden ist.

Die Finanzentwicklung muß seit Kassel ebenfalls als eine erfreuliche bezeichnet werden. Wenn trotzdem der Vorstand zu einschneidenden Maßnahmen gezwungen war, so sind in erster Linie die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmend gewesen.

Außerordentliche Steigerungen zeigen die Rassenleistungen. So wurde an Krankengeld im Jahre 1913 die Summe von 206 167 Mk. verausgabt, während im Jahre 1928 429 614 Mk. dafür benötigt wurden. Die Aufwendungen an Sterbegeld stiegen in der gleichen Zeit von 81 700 auf 23 960 Mk.

Die Finanzentwicklung der Abteilung A ist ziemlich günstig, da in den Jahren 1924 bis 1928 ein Uberschuß von 81 245,35 Mk. erzielt werden konnte. Dagegen hatte die Zuschußabteilung in dem gleichen Zeitraum ein Defizit von 16 883 Mk.

Die am 1. Januar 1928 ins Leben gerutene Invalidenunterstützung hat eine außergewöhnliche Ausdehnung erfahren. Während vor Einführung dieses Unterstützungszweiges durch Umfrage 107 Invaliden gezählt wurden, betrug diese Zahl am 5. August 1929 bereits 417 Mitglieder, die von dem Rechte nach § 8 Absatz 13 zu steuern Gebrauch machen.

Die Anlage der Reservefonds erfolgte erfreulicherweise fast ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues. Dadurch ist allein in den letzten Jahren an der Entlastung von 40 Wohnkäufern mitgewirkt worden.

Fest der Arbeit in Dresden.

Seit einigen Jahren begehrt die Dresdener freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihr „Fest der Arbeit“. Hierzu diente als Festplatz bisher die Brühlische Terrasse (der sogenannte Balkon Europas) an der Elbe zur Aufnahme der Festteilnehmer. Die Veranstaltungen selbst spielten sich auf einem großen Podium ab, welches auf der unten vorüberfließenden

gelungener, der vom besten sonnigsten Wetter begünstigt war und Groß-Dresden vollkommen beherrschte. Diesmal mußte aber deshalb ein anderer Festplatz gewählt werden, um die Auffahrt der Wagen und den Anmarsch der Massen zu ermöglichen. Auch dieses Festgelände lag an der Elbe. Riesige ausgedehnte Wiesen am linken Elbufer nahmen gegen hundert-



Elbe auf mächtigen Pontons aufgebaut war. Bei Eintritt der Dunkelheit traten mächtige Scheinwerfer in Tätigkeit und beleuchteten herrlich und feenhaft die Aufführungen auf diesem Podium. Aufführende waren die Arbeiterportler, Turner an Geräten, in Freiübungen, Fußballspieler, Athleten, Radfahrer fuhren schöne Reigen, einzelne zeigten sich in vollendetem Kunstfahren. Die Wasserportler schwammen Fackelreigen, andere sprangen von der Carolabrücke in schwungvoller Haltung hinunter in die Fluten des Elbstromes. Arbeiterfänger ließen hinreißende Massenschöre erklingen. Den Schluß bildeten dann die Sportler mit einem nach hunderten zählenden Fackelschwinger, sowie ein Riesenfeuerwerk von gigantischem Ausmaße im Dunkel der Nacht, in der Luft wie auf den Wiesen auf dem jenseitigen Ufer der Elbe. Die Begeisterung der zu zehntausenden Erschienenen zeigte immer, wie notwendig das solidarische Zusammenarbeiten der proletarischen Massen ist und welcher Geist den Massen innewohnt.

Ein vollständig verändertes Bild bot jedoch das diesjährige Fest der Arbeit. Der Festausschuß hatte beschlossen, am 11. August das Fest mit einem großen Festzug einzuleiten. Der Beschluß war ein wohl-

tausend Festteilnehmer auf. Es herrschte mehr Leben als auf der bekannten Dresdener Vogelwiese an ihren großen Sonntagen.

Mitwirkende waren wiederum die oben bezeichneten Gruppen. Die großartigen waldigen Bergeshöhen gegenüber dem Festplatze mit ihren drei ziemlich nebeneinander liegenden herrlichen Albrechtsschlössern boten ein bezauberndes Bild, besonders am Abend, als auf dem terrassenförmigen Singerpark die Fackelschwinger sich durch Musik rhythmisch in Bewegung setzten. Infolge des unvergleichlich schönen Geländes und des gleichen Wetters harrten die Massen aus, bis ein bezauberndes Feuerwerk abends 10 Uhr das äußerst harmonisch verlaufene Fest glanzvoll beendete. Ein Menschenstrom verließ fackeltragend sein Fest der Arbeit.

Wir zeigen oben im Bilde den Festwagen des graphischen Gewerbes, der mit seinen vier hierzu gehörigen Gruppendarstellern im Zuge einen sehr günstigen Eindruck machte.

Der Entwurf der 30 im Zuge fahrenden Wagen, frei von allem Kitsch, war von einem Künstler in großartigster Weise so gelöst, daß man ihm nur Beifall zollen mußte.

Kollege Weinschild-Berlin gibt den Bericht des Aufsichtsrates. Er erläutert die Aufgaben des Aufsichtsrates und hebt das reibungslose Zusammenarbeiten mit dem Zentralvorstand hervor. Er nennt die Gründe, weshalb von einer Herausgabe des 5. Nachtrages Abstand genommen wurde und berichtet abschließend über einige Beschwerdefälle.

Die nun einsetzende Diskussion nimmt einen äußerst lebhaften Verlauf. Nicht weniger als 12 Redner nehmen Stellung zum Bericht des Kollegen Zinke. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, daß die Diskussion ihrem Inhalt nach eine wertvolle Ergänzung des Geschäftsberichtes war und daß von einer eigentlichen Kritik fast nicht die Rede war.

Kollege Zinke hebt in seinem Schlußwort diese Tatsache ausdrücklich hervor und geht im einzelnen auf besonders Bemerkenswertes ein.

Soweit Mitgliederzuwachs in Frage kommt, muß gesagt werden, daß die Entwicklung als durchaus normal zu bezeichnen ist. Soweit auf Verjüngung unserer Masse verwiesen wird, so muß festgestellt werden, daß die jungen Mitglieder nicht immer einen finanziellen Vorteil bedeuten. Weiter ist zu verzeichnen, daß unsere Kasse noch fast die einzige Zuschuß- und Erbschaftskasse ist, welche die Leistungen auf die Dauer von 52 Wochen voll gewährt.

Hierauf findet ein Antrag des Revisionsausschusses auf Entlastung des Vorstandes einstimmige Annahme.

Eine Auseinandersetzung entspinnt sich darüber, ob man in eine Spezialberatung der vorliegenden 81 Anträge eintreten soll. Der Vorstand empfiehlt zunächst, eine Abstimmung über 16 grundsätzliche Fragen herbeizuführen. Es wird demgemäß beschlossen und durch dieses Verfahren finden allein 40 Anträge eine natürliche Erledigung.

Zum Satzungsentwurf übergehend, stellt Kollege Zinke fest, daß die Stimmung der Mitgliedschaft äußerst unterschiedlich ist. Während ein Teil sich gegen jede Kürzung der Leistungen ausspricht und lieber eine kleine Beitragserhöhung in Kauf nimmt, wünschen andere wiederum das Gegenteil. Die Entscheidung hierüber ist also eine schwere. Er glaubt den Dingen näher zu kommen, wenn er eine Neuordnung der Beitragsleistung empfiehlt, die den Wünschen der Mitglieder gerecht wird.

Ebenso unterschiedlich ist auch die Stellung der Delegierten in der Diskussion. Allmächtig schält sich jedoch, als gültiges Endergebnis, folgendes heraus: Der Entwurf des Vorstandes wird mit einigen Veränderungen genehmigt. Die Beiträge werden für die Abteilung B wie folgt festgesetzt: 5. Klasse 0,50 Mk., 6. Klasse 0,60 Mk., 7. Klasse 0,80 Mk., 8. Klasse

1.— Mt., 8a-Klasse 1,20 Mt. Dazu kommt ein wöchentlich Beitrag für die Invalidenunterstützung von 10 Pf. Die vierteljährliche Extrasteuern von 75 Pf. wird auf 10 Pf. herabgesetzt. Das Krankengeld wird in Zukunft das 15fache des Beitrages betragen. Die Mindestkrankengeldsätze werden auf die Hälfte der Höchstkrankengeldsätze festgesetzt. Das Sterbegeld beträgt das 125fache des Beitragesjahres. Für die Kollegen, die nach § 8 Absatz 18 steuern, wird ein Einheitsbeitrag von 50 Pf. pro Monat festgelegt.

Bei der Ernteharveste bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen, lediglich die Uebernahme der vollen Kosten für die Familienhilfe ist als neu zu betrachten. Die Satzungen über unsere besondere Sterbefälle müssen nach den Vorschriften der Aufsichtsbehörde ebenfalls einer Abänderung unterzogen werden. In einem versicherungstechnischen Gutachten, das vom Aufsichtsamte eingehend war, wird auf das Mißverhältnis zwischen Beitrag und Leistung verwiesen. Demgemäß wird vom Aufsichtsamte eine Erhöhung des Beitrages gefordert. Da sich aber die Einholung eines weiteren Gutachtens notwendig macht, wird eine Beschlußfassung über Beitragserhöhung zunächst zurückgestellt. Die Aufwertung der bis Ende 1923 geleisteten Beiträge kommt in Wegfall. § 6 Absatz 8 wird gestrichen, und die Anrechnung der Mitgliedsjahre hat wieder Geltung vom 1. Januar 1920.

Damit waren im wesentlichen die Aufgaben der Delegierten erledigt. Die Vorschläge zum Vorstand und Aufsichtsrat sowie zum Revisionsausschuß fanden einstimmige Annahme, so daß in den späten Nachmittagstunden des zweiten Tages Kollege Nardien die Tagung schließen konnte.

Zum Schluß sei noch festgestellt, daß den Kollegen der Verwaltungsstelle Weimar besonderer Dank gebührt für die aufopfernde Tätigkeit, die einen glatten und reibungslosen Verlauf der Generalversammlung ermöglichte.

Lorley.

Berichte.

Halberstadt. Bezirksversammlung. Die am 1. September stattgefundene Bezirksversammlung war, um es vorweg zu sagen, ein schöner Erfolg. Solch guten Besuch wünschen wir uns immer bei unseren gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Erschienen waren Kolleginnen und Kollegen aus Osterleben, Osterwieck, Bernburg, Dessau und der Gauvorstand aus Magdeburg. Das Hauptreferat hielt Koll. Lindig (Osterleben), betitelt „Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung“. Sein einständiger Vortrag gab ein anschauliches Bild von dem Werdegang dieses für die Arbeiter so wichtigen Gesetzes. Er schilderte den Kampf der Unternehmer gegen dieses Gesetz. Die Diskussion, die von 10 Kollegen bestritten wurde, zeigte, wie verheerend dieser Dauerzustand der Arbeitslosigkeit sich in der Arbeiterschaft auswirkt. Daß auch noch von den Unternehmern versucht wird, den Arbeitslosen die bescheidene Unterstützung zu schmälern, zeigt, daß die Unternehmer die alten Klassenkämpfer geliebt haben. Wir Arbeiter sind schuldlos an der Arbeitslosenniskere und wenn die Unternehmer behaupten, daß sie nicht instande sind, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, so kann man diesen Zustand mit dem vielgebrauchten Wort „höhere Gewalt“ bezeichnen und dann hat das Reich die Pflicht, als Beschützerin des Volksganzen die betreffenden Kreise zu unterstützen. Wenn die Landwirtschaft oder die Industrie notleiden, dann werden Zölle bewilligt, Steuern erlassen, Reichsmittel zur Verfügung gestellt. Das Defizit einer Arbeitslosenversicherung kann nicht finanziert werden. Ist es nicht eine Kulturhandlung ohnegleichen, daß weite Volksteile heute vom Armeengeld (Wohlfahrt) leben müssen, die gern arbeiten wollen. Wir Arbeiter haben für die junge Republik jedes Opfer gebracht. Wir haben den Rapp-Bußsch niedergerungen, wir haben in machtvollen Demonstrationen die Reaktionsäre in ihre Schranken zurückgewiesen, für Staatsmänner unsere Sympathie bezeugt. Wir sind bereit und sind gewillt, für unsere notleidenden Arbeitsbrüder den Kampf aufzunehmen. So wie einst ein Kampf um das ganze deutsche Protektorat erfüllte: „Reine Ruhe in Deutschland, bevor wir nicht das gleiche, geheime Wahrtrecht besitzen.“ so muß heute ein Wort uns erfüllen: „Reine Ruhe in Deutschland, bevor nicht die Not der Arbeitslosen behoben ist.“ Von unseren Führern erwarten wir energisches Eintreten gegenüber den Abbaubestrebungen der Unternehmer in der Arbeitslosenversicherung. Und wir rufen unseren Führern zu: Wir sind zum Kampf bereit. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 1. September in Halberstadt tagende Bezirksversammlung des Verbandes der Buchbinder, vertreten durch Kollegen und Kolleginnen

aus Osterleben, Bernburg, Dessau, Bernburgerode, Osterwieck und Halberstadt, erheben schärfsten Protest gegen die Abbaubestrebungen der Arbeitgeber im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Das jüngste Gebiet der Sozialversicherung braucht keinen Abbau, sondern vielmehr einen Ausbau. Die Arbeiterschaft ist trotz ihrer furchtbaren Notlage bereit, die Versicherung durch eine vorübergehende Beitragserhöhung zu sanieren. Wir verlangen aber einen Vermittlungszwang der Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter einzuführen, Ueberstundenarbeit gesetzlich zu verbieten und die Arbeitszeit herabzusetzen.“

Im zweiten Punkt machte Gauleiter v. d. Reith Mitteilung, daß es nach jahrelangen Bemühungen gelungen ist, einen Fachauschuß für Heimarbeiter zu bilden. Eine Gewerbetarbin, die diesem Fachauschuß angehört, hat bei ihren Erhebungen festgestellt, daß die Heimarbeiter in der Tüfenindustrie einen Höchstlohn von 20 Pf. pro Stunde erzielen können. Nach einigen weiteren das Berufsleben betreffenden Mitteilungen wurde die Versammlung um 13 Uhr geschlossen. Der Nachmittag verlebte in schöner Harmonie alle Teilnehmer zu einem kleinen Spaziergang in Halberstadt's schöner Umgebung. Kolleginnen und Kollegen! Eines der ältesten Parteiloale hat uns am Sonntag als Gäste gesehen. In diesen Räumen haben viele große Männer der Arbeiterklasse in heiligem Bemühen, das Los der Arbeiter zu verbessern, getagt. Auch unsere Beratungen galtten der Not der Arbeitslosen. Wirte jeder an seinem Ort, daß gleich den versunkenen Kämpfern auch unsere Worte zur fruchtbaren Tat werden.

Blauen. Der letzten Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 24. August, ging ein Abendspaziergang durch den Reuser Wald voraus und wurde diese dann um 21 Uhr im Gesellschaftssaal des Gasthofes Kleinrieden vom Kollegen Liebig eröffnet. Nach Erledigung von verschiedenen geschäftlichen Eingängen berichtete er kurz vom Verlauf des Waldfestes, das die Zahlstelle am 4. August auf einer idyllisch gelegenen Waldwiese, 3 Stunden von der Stadt entfernt, für ihre Mitglieder veranstaltet hatte. Er führte dabei aus, daß die üblichen Sommerfeste mit ihrem Eiserlei wenig anziehend wirken können und meist mit einer unnötigen finanziellen Belastung für die Mitglieder verbunden sind, und daß aus diesem Grunde die Ortsverwaltung es als eine Selbstverständlichkeit betrachtete, der Kollegschaft einmal mit etwas Neuem und Besseren aufzuwarten. Wie recht sie dabei tat, zeigte der überaus starke Besuch und das gute Gelingen der Veranstaltung. Hatten sich doch weit über 200 Personen auf dem Plage eingefunden, dessen Zugangswege gut markiert und der vom Besucher kostenlos zur Verfügung gestellt worden ist. Bei verschiedenen Ball- und Neckspielen, an denen sich alt und jung und Mann und Frau beteiligten, und bei besonderen Belustigungen für die Kinder verstrich die Zeit nur allzu schnell. Bier und alle sonstigen Erfrischungen wurden selbst beschafft und fast zum Selbstkostenpreis abgegeben und den Kindern besondere Geschenke verabreicht. Wenn bei alledem sich noch ein kleiner Ueberfluß für die Lokalkasse ergeben hat, so zeigt das nur die aufopfernde und uneigennütige Tätigkeit der Funktionäre, die sich in den Dienst der Sache stellten. Die Befriedigung über den Verlauf dieser Veranstaltung kam auch in der Versammlung zum Ausdruck. Anschließend wartete Kollege Liebig mit einem Vortrag auf über „Die Bedeutung der Frau im heutigen Wirtschaftsleben“. Er zeigte an Hand statistischer Feststellungen den Einfluß, den die Frau, besonders die eintaufende Hausfrau, als Konsumentin im Wirtschaftsleben ausüben kann. Welches Interesse sie selbst an einer Steigerung des Familieneinkommens hat und wie nur durch eine straffe Berufsorganisation das Einkommen der Familie gehoben werden kann. Die Frau müßte schon aus diesem Grunde die eifrige Förderin der gewerkschaftlichen Idee sein. An Hand von Zahlen konnten die Anwesenden sich ein Bild machen von der Entwicklung der Frauennarbeit in den letzten Jahrzehnten und wurden vom Redner dabei auch die verschiedenen Gründe angeführt, die die Frau veranlassen und es ihr leichter möglich machen, sich im Produktionsprozeß zu betätigen. Zum Schluß zeigte er an Beispielen, wie die noch große Anzahl von Frauen und Mädchen von dem sie bedrückenden Minderwertigkeitsgefühl befreit und sie zum Selbstbewußtsein und zur Mitarbeit in ihrer Berufsorganisation angehalten werden können. Die Ausführungen fanden bei allen Anwesenden die größte Aufmerksamkeit.

Der Wahl des Kollegen Mittelstätt zum zweiten Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Kollegen Soyner und der Bekanntgabe verschiedener Veranstaltungen in den nächsten Wochen schloß sich noch ein kleines Längchen an, das die Anwesenden noch lange in gefestigter Weise beisammen hielt.

Weimar. Am 30. August fand unsere Mitglieder-versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wie kamen wir zum Abschluß unserer Reichstaxi? Referent: Kollege Wachner. 2. Abrechnung vom zweiten

Quartal 1929. 3. Verschiedenes. Eine besondere Bedeutung erhielt die Versammlung dadurch, daß Kollege Lander einleitend darauf hinwies, daß unser Schriftführer Kollege Emil Schramm am 1. August 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes war. Kollege Schramm, im Jahre 1904 in Jena als Mitglied eingetreten, hatte frühzeitig die Macht der Organisation erlangt. Schon in jungen Jahren stellte er seine Kräfte der Organisation zur Verfügung, so in Erfurt als Kassierer, Mitglied des Gauvorstandes, sowie als Vorstandsmitglied in anderen Orten. Unter seiner tatkräftigen Mitwirkung sind verschiedene Zahlstellen gestärkt worden. Kollege Lander gedachte seiner Verdienste um die Zahlstelle Weimar, insbesondere als Schriftführer, Kassierer und Jugendleiter und überbrachte Emil Schramm die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes, des Gaues und der Zahlstelle Weimar. Er überreichte ihm die Ehrenurkunde und ein Geschenk der Zahlstelle Weimar. Die Kolleginnen und Kollegen, die mit ihm zusammenarbeiten, hatten aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums seinen Arbeitsplatz mit einem riesengroßen Strauß geschmückt. Kollege Schramm dankte den Mitgliedern für ihre Aufmerksamkeit und gelobte, dem Verband weiter seine Arbeitstracht zur Verfügung zu stellen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kollege Wachner folgendes aus: In den neunziger Jahren wurden wohl verschiedene Tarife abgeschlossen, die aber für den einzelnen Arbeiter keine große Bedeutung hatten, da hier der Machtwille des Unternehmers maßgebend war. Der erste brauchbare Tarif wurde 1897 abgeschlossen, der sogenannte Drei-Städte-Tarif. Erst nach 1918 konnten wir für das gesamte Buchbindergewerbe allgemeinverbindliche Tarife abschließen. Zurzeit laufen im Buchbindergewerbe drei Tarife, und zwar der WDB, Api und Druckerbuchbinder. Die Unterschiedlichkeit der einzelnen Tarife bringt verschiedene Gefahren für die Kollegschaft, insbesondere die Mindestgrenze bei Akkordverdienst und die Ferienfrage. Da die ganze Kalkulation auf den Akkordtarif aufgebaut wird, muß unser ganzes Ziel und Bestreben darauf gerichtet sein, einen Einheitsstarif für unser Buchbindergewerbe zu schaffen. Dieses kann nur erreicht werden durch eine starke Organisation, die von gutem Geist und Opferwilligkeit getragen wird. Der dreiviertelstündige Vortrag wurde von der gutbesuchten Versammlung mit Beifall aufgenommen. Den Kassenbericht gab Kollege Ackermann. Wir haben im zweiten Quartal einen Zuschuß von 300 Mt. gebraucht, der durch den Streit und die kolossale Arbeitslosigkeit benötigt wurde. Der Mitgliederstand ist zurzeit 78 Mitglieder, davon sind 22 Jugendliche. Nachdem Kollege Lander unter „Verschiedenes“ auf die Gaukonferenz der Jugend hinwies und einige Mitteilungen den Mitgliedern machte, konnte die von gutem Geist besetzte Versammlung geschlossen werden. Die Kolleginnen und Kollegen blieben noch einige gemütliche Stunden beisammen, um der Subilarfeier einen würdigen Abschluß zu geben.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal gingen weiter bis zum 10. September bei der Verbandskasse ein von: Göttingen 500,— Mt., Zittau 302,30 Mt., Troffingen 130,— Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Köslin und Zwickau.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Vereinbarung mit dem Bund Deutscher Buchbinder-Jungen.

40 Jahre Verbandsarbeit in Pforzheim. Streik in der Berliner Cuguspapier-Industrie und in den Steindruckereien.

Ein tabularer Unternehmer. Das kommende Berufsausbildungsgesetz und seine Entzifferung. VI. und VII.

Zur Unterhaltung: Der Buchbinder im Spiegel der Dichter. III — Der Menschenfreund.

Für unsere Kolleginnen: Sommer der Fabrikarbeiterin. (Gedicht) — Unsere Kolleginnen im Verbandsleben. — Wann werden die Arbeiterinnen ihre Aufgabe erkennen lernen? — Brief einer Mutter an ihre verheiratete Tochter. — Ich ernähre meine Frau...

Fest der Arbeit in Dresden. Generalversammlung der Jenital-Kranken- und Begräbnisstätte der Buchbinder.

Berichte: Halberstadt (Bezirksversammlung) — Blauen — Weimar.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Abrechnungen